

**Rede von Cornelia Lüddemann, Vorsitzende der Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
am 20.03.2020**

Rede zum Haushaltsgesetz 2020/2021

Frau Präsidentin,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir demonstrieren heute, dass der Landtag in schwierigen Zeiten handlungsfähig ist.

Die Koalition hat zügig und zielorientiert den vorliegenden Haushalt aufgestellt, obwohl der Entwurf von der Landesregierung verspätet und nicht einwandfrei übergeben wurde.

Ich danke den Koalitionspartnern für das stringente und sachorientierte gemeinsame Arbeiten. In unserer Koalition ist dies ja durchaus bemerkenswert. Wir übernehmen damit weiter Verantwortung für das Land.

Mit dem heutigen Beschluss des Haushaltes wird die Landesregierung voll handlungsfähig. Dies ist in der Zeit des Corona-Virus unbedingt nötig. Alle Einschränkungen, bedingt durch die vorläufige Haushaltsführung, entfallen jetzt. Gerade angesichts der Corona-Lage ist uns - hoffentlich allen - bewusst, dass wir über diesen Beschluss des Haushaltes hinaus weiter in Verantwortung für zielorientierte Sacharbeit stehen. Mir ist bewusst, dass sich die im Haushalt geplanten Steuereinnahmen und die Ausgaben angesichts der aktuellen Bewältigung und der Folgen der Corona-Krise mit Sicherheit verändern werden. Wir stehen für einen Nachtragshaushalt, der vermutlich kommen muss, selbstverständlich bereit. Dennoch ist es in diesen Zeiten erst einmal notwendig, dass die Exekutive voll handeln kann.

Um die Krise des Corona-Virus zu bewältigen, haben wir in der finalen Bereinigung des Haushaltes vier Millionen Euro für Maßnahmen bereitgestellt. Bei allen aktuellen Ängsten, Sorgen und Einbußen muss niemand Angst haben, dass wir mit Blick auf die Landesfinanzen nicht in der Lage wären, diese Krise und ihre Folgen zu bewältigen. Diese Aufgabe wird allerdings weder einfach noch schnell bewältigt werden können. Wir müssen schon heute diesen harten Weg mitdenken. Ein konstruktiver gemeinsamer Ansatz wird dafür zwingend notwendig sein. Damit zeigen wir aber auch in Krisenzeiten Arbeits- und

Handlungsfähigkeit.

Bevor ich zu den wichtigen Punkten für meine Fraktion im Haushalt komme, möchte ich die Gelegenheit nutzen, meinen Dank und meine Hochachtung zum Ausdruck zu bringen. Und zwar an all jene, die in Beruf und Berufung als Krankenschwester, Reinigungskraft, in der Fieberambulanz, im Supermarkt, bei der Polizei, in der Nachbarschaftshilfe und an vielen weiteren Stellen Großartiges und Unverzichtbares für uns alle erbringen. Das ist nicht selbstverständlich, das ist außergewöhnlich.

Neben der Corona-Krise ist die Bewältigung der Klimakrise die Herausforderung unserer Zeit. Alle Ministerien müssen dazu in ihrem Fachbereich aktiv tätig sein.

Für den Klimaschutz werden mehrere Millionen bereitgestellt, um Maßnahmen aus dem Klima- und Energiekonzept der Landesregierung umzusetzen. Für uns ist es unabdingbar, dass im gesamten Landeshaushalt die Ausgaben zum Klimaschutz sichtbar gemacht werden müssen. Das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie hat es in seinen Einzelplänen vorbildlich vorgemacht. Daher muss dies der letzte Haushalt sein, wo der Klimaschutz nicht bei allen Einzelpläne dargestellt ist. Klimaschädliche Subventionen und Ausgaben sind zu kürzen. Unsere natürliche Lebensgrundlage zu schützen, ist und bleibt unsere zentrale Aufgabe.

Das Grüne Band ist seit November 2019 nationales Naturmonument. Dafür haben wir sehr gekämpft. Jetzt geht es darum, das Monument mit Leben zu füllen. Ich freue mich sehr, dass dafür die landeseigene Stiftung Umwelt, Natur- und Klimaschutz jährlich 1,1 Millionen Euro erhält, um Pflegepläne zu erstellen, Beschilderungen aufzustellen und fehlende Flächen zu erwerben. Hinzu kommen jährlich 250.000 Euro für die Arbeit im Bereich der Erinnerungskultur.

Die Landwirtschaft Sachsen-Anhalts wird nachhaltiger. Mit 111 Millionen Euro werden zahlreiche Maßnahmen wie Ökolandbau, Insektenschutz und Blühstreifen unterstützt. Im Kampf gegen die Klimakrise spielt die Mobilitätswende eine zentrale Rolle. Neben ÖPNV und neuen Mobilitätsangeboten ist das Radfahren ein wichtiger Baustein. Lastenräder eignen sich für Transporte im Privatbereich ebenso wie in der Kurier-Express-Paket-Logistik, bis hin zu unterschiedlichsten Einsatzmöglichkeiten mit einem Transportgewicht von bis zu 300 Kilo. Und das bedeutet: mehr Klimaschutz, weniger Staus und parkende Autos, saubere Luft sowie weniger Lärm.

Daher wird es dieses Jahr ein Förderprogramm in Höhe von 300.000 Euro für den Kauf eines Lastenrades geben. Das Förderprogramm wird so wenige Vorgaben wie möglich machen, um möglichst viele Menschen anzusprechen. Schon jetzt existiert dafür eine eigene Infoseite im Netz.

Ebenfalls neu ist ein Förderprogramm mit 600.000 Euro für Modellprojekte der Radverkehrsinfrastruktur. Und last but not least werden knapp 12 Millionen Euro in Radwegebau an Landes- und Bundesstraßen investiert.

Alle Kinder sollen in Sachsen-Anhalt die gleiche Chance bekommen, unabhängig vom Elternhaus. Ein weiteres grünes Herzensprojekt. Dafür leistet die Schulsozialarbeit einen wichtigen Beitrag. Sie hilft, Ungerechtigkeit abzubauen und Bildungsarmut zu verhindern. Die Schulsozialarbeit ist nun bis zum Ende des Schuljahres 2023 gesichert. Auch die landesweite Koordinierungsstelle und die regionalen Netzwerkstellen bleiben erhalten.

Die Finanzierung des KiTa-Kinderförderungsgesetz bringt auch im Doppelhaushalt Entlastungen für Eltern, Erzieherinnen und Gemeinden. Die in der Vergangenheit wiederholt vorgetragene Forderung der AfD, einfach mal die im Genderziel ausgewiesenen Millionen zu streichen, würde hier ganz konkret bedeuten, die gesamte Unterstützung des Landes bei der Kinderbetreuung auf null zu setzen. Diese Mittel für die Kinderbetreuung dienen natürlich nicht nur den Kindern, sondern auch der Gleichstellung der Geschlechter und ermöglichen es, beiden Elternteilen in normalen Zeiten einer Berufstätigkeit nachzugehen. Und sind im Land mit der bundesweit höchsten Quote an Alleinerziehenden ein Muss.

Ein großes Thema in der Öffentlichkeit war die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. Sie war seitens der Landesregierung im Entwurf des Haushaltes nicht eingeplant. Heute steht fest: die Straßenausbaubeiträge werden abgeschafft. Dafür haben wir Geld im Haushalt eingeplant. Nun steht die Arbeit an, die Abschaffung gesetzlich umzusetzen. Diese soll rückwirkend zum 01. Januar 2020 erfolgen.

Ebenfalls außen vor waren im Haushaltsplanentwurf der Landesregierung das Azubi-Ticket und die Investitionsbedarfe der Krankenhäuser. Konstruktiv konnten wir in beiden Fragen an den vorliegenden Lösungen mitwirken. Für Krankenhausinvestitionen werden 2022 bis 2024 insgesamt 150 Millionen Euro bereitgestellt. Im Medizinbereich bedeutsam sind auch die Investitionsmittel von je 11 Millionen Euro jährlich für die wichtigen Unikliniken in Magdeburg und Halle.

Oft geht es im Haushalt um Summe in Millionenhöhe. Ich möchte aber auch den Blick auf kleinere Maßnahmen lenken, deren Wirkung aber die Menschen unmittelbar spüren. Die Bürgermedien erhalten 75.000 Euro mehr pro Jahr. eSport wird weiterhin gefördert. Wir unterstützen Dorfgemeinschaftsläden, Co-Working-Spaces und auch Dorfgaststätten. Für letztere haben wir ein Übernahme-Förderprogramm ins Leben gerufen. Für Initiativen für freies WLAN gibt es 200.000 Euro jährlich.

Ich möchte auf einen letzten wichtigen Punkt in diesem Haushalt blicken: Rund ein Drittel des gesamten 24 Milliarden Haushaltes fließt an die Kommunen im Land. Davon erhalten unsere Kommunen über das Finanzausgleichsgesetz unverändert 1,628 Milliarden Euro pro Jahr. Damit sichern wir unseren Kommunen Stabilität und Kontinuität. Als zusätzliches Instrument wird eine Investitionspauschale von jährlich insgesamt 80 Millionen Euro für die Jahre 2020 und 2021 zur Verfügung gestellt. Es werden dafür zwar bisherige Kommunalstraßenbaumittel und Mittel des Kommunalinvestitionsprogramms des vergangenen Haushaltes überführt. Allerdings sind die Mittel frei verwendbar und nicht mehr zweckgebunden. Aus Grüner Sicht ein Erfolg, da die Gelder nicht mehr zwangsläufig in den Straßenbau fließen müssen, es jedoch können. Ein kleines Stück mehr Eigenverantwortung und Entscheidungskompetenz für die Kommunen. Die Landkreise erhalten zum Ausgleich der Umschichtungen für die Investpauschale nochmals 5 Millionen Euro in 2020 und 10 Millionen Euro in 2021 für die Kreisstraßen. Wir sehen Instandhaltung dabei als wesentliche Aufgabe an.

Unzufrieden bin ich mit den Regelungen zur Finanzierung der freien Schulen. Ich habe auch persönlich sehr dafür gekämpft, aus dem Entwurf der Landesregierung noch so viel als möglich herauszuholen. Uns Grünen ist gelungen, dass die Zuschüsse immerhin um 30,5 Millionen wachsen. Mehr als dieses beachtliche Plus von 21,9 Prozent war mit unseren Koalitionspartnern nicht machbar.

Der Ausgleich für anders verwendete Regionalisierungsmittel des ÖPNV war leider nicht mehr zu leisten. Einen 31 Millionen-Fehler der Landesregierung auszubügeln, war im parlamentarischen Verfahren leider unmöglich. Nun fehlen in den Rücklagen für die Bestellung von Zugverkehren für die kommenden Jahre weitere 31 Millionen. Das wird die Mobilitätswende erschweren.

Zum Schluss: Es war kein einfacher Haushalt, aber wir Grüne haben letztlich viele Akzente setzen können, um ihn ökologisch, demokratisch und zukunftsfest für das Land zu gestalten.

Nun werden wir ihn mit eben solcher Kraft und Aufmerksamkeit begleiten. Handlungsfähigkeit in schwierigen Zeiten ist das Gebot der Stunde.

Für all diese Punkte wird die Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Doppelhaushalt zustimmen.

Herzlichen Dank.